

DIE LINKE. Sachsen

6. Landesparteitag

C Sachanträge zu anderen Themen an den 6. Landesparteitag

Antifaschistische Arbeit verstärken – Ideologien der Ungleichwertigkeit bekämpfen!

Beschluss des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen vom 05./06. November 2011 in Bautzen

Beschluss:

1. Die LINKE. Sachsen führt im nahen zeitlichen Umfeld des 8. Mai 2012 eine Parteikonferenz zu inhaltlichen Fragen von Rassismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit sowie zu Handlungsoptionen der LINKEN in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Spielarten dieses politischen Spektrums durch. Der Landesvorstand bildet eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung Interessierter zur inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung dieser Konferenz.
2. Die Kreis- und Stadtverbände benennen jeweils einen Ansprechpartner bzw. eine Ansprechpartnerin für das Themenfeld antifaschistische Politik. Halbjährlich findet ein Treffen zum Erfahrungsaustausch mit antifaschistisch aktiven Personen aus den Kreis- und Stadtverbänden sowie dem Jugendverband mit der LAG antifaschistische Politik und dem Landesvorstand statt.
3. Eine Verstärkung der eigenen Bildungsarbeit ist unerlässlich, wenn wir angemessen auf die Veränderungen im Agieren der extremen Rechten reagieren wollen. Unter extreme Rechte verstehen wir Agierende und Organisationen die rassistische, nationalistische, geschichtsrevisionsistische, antisemitische oder andere Ideologien der Ungleichwertigkeit vertreten. Landesvorstand, LAG Antifaschistische Politik und die Kommission politische Bildung werden beauftragt, gemeinsam mit der sächsischen Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Konzept zu erarbeiten, das mittels zentraler und dezentraler Seminare und Veranstaltungen dazu dienen soll, unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten den Mitgliedern und Funktionär_Innen die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, den Problemen vor Ort wirksam zu begegnen.
4. Da unserem Agieren vor Ort in diesem Problemfeld eine besondere Bedeutung zukommt, werden die Kreis- und Stadtverbände eigene antifaschistische Veranstaltungen in ihre Terminplanung einbauen. Die Erfahrungen damit sind Thema einer Sitzung des Landesvorstandes gemeinsam mit den Kreis- und Stadtvorsitzenden im Herbst 2012. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf die Öffentlichkeitsarbeit zu richten. Gegen die Tendenz von Landräten, Bürgermeistern, Polizei und Medien sollten wir darauf dringen, Übergriffe, Schmierereien und andere Aktionen der Neonazis öffentlich zu machen und zu problematisieren.
5. DIE LINKE. Sachsen unterstützt weiterhin mit ihren Mitteln und Möglichkeiten antifaschistische Aktivitäten gegen Aufmärsche und Veranstaltungen der oben genannten Agierenden. Sie bringt sich aktiv in bestehende Bündnisse ein, fördert das Entstehen weiterer und wird dort für ein solidarisches Miteinander der Beteiligten ohne Ausgrenzungen wirken. Unser Ziel ist jeweils die zivilgesellschaftliche Verhinderung solcher Aktionen von rechts, erst in zweiter Linie setzen wir auf deren Behinderung.

6. Eine besondere Bedeutung dabei kommt unverändert dem allumfassenden Widerstand der Naziaufmärschen in Dresden, Chemnitz und Leipzig zu. Diese haben regional und überregional eine deutlich herausgehobene Stellung für die Neonazis. Wir begreifen den Kampf gegen diese Demonstrationen als Teil einer Kampagne gegen Geschichtsrevisionismus, die die inhaltlichen Grundlagen der Nazi-Propaganda angreift. Der Landesverband der LINKEN unterstreicht angesichts der Erfahrungen in diesem Jahr, dass er mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen den staatlichen Versuch der Kriminalisierung antifaschistischen Widerstands angehen wird.

Begründung:

Nach Sachsen ist es der NPD auch in Mecklenburg-Vorpommern gelungen, erneut in das Landesparlament einzuziehen. Es wird zunehmend deutlich, dass in weiten Teilen der neuen Bundesländer ein nicht unerhebliches Stammwählerpotenzial für diese Neonazi-Partei existiert. Die Zusammenarbeit der NPD mit nicht parteigebundenen Kräften der Neonaziszene hat sich spürbar verstärkt. Zugleich haben wir eine noch immer viel zu hohe Zahl an Gewaltakten durch Neonazis zu verzeichnen. Sachsen ist nach wie vor ein Schwerpunkt für Nazikonzerte. Die Zahl der Aufmärsche von Neonazis sowie ihrer Veranstaltungen hat sich sogar deutlich erhöht. Die jährlichen Aufmärsche in Dresden und Chemnitz anlässlich des Jahrestages der Bombardierung dieser Städte sind nur die öffentlichkeitswirksamsten Beispiele dafür.

Gleichzeitig ist mit „Pro Sachsen“ ein Bündnis entstanden, das die Zersplitterung des rechten Lagers zwischen CDU und NPD beenden möchte und auf Erfolge spätestens bei der nächsten Landtagswahl zielt. Wie auch in anderen Teilen der Bundesrepublik setzen diese Kräfte auf den durch Thilo Sarrazin verstärkten Rassismus der Mitte, der sich besonders gegen Menschen muslimischen Glaubens richtet.

Diese Entwicklungen stellen die LINKE im Freistaat Sachsen vor Herausforderungen, die nur durch ein mittelfristiges Konzept zu bewältigen sind, das die gesamte Landespartei von den Basisgruppen über Orts- und Kreisverbände bis hin zum Landesverband einbezieht.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

X

Abgelehnt:

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: ____wenige

Bemerkungen: _____

f.d.R. bestätigt:
Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Bautzen, den 06.11.2011